

PRESSEMITTEILUNG

Zuckersteuer: Die Rechnung zahlt die Land- und Ernährungswirtschaft mit Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten – die Koalition selbst bezahlt es mit verlorenem Wählervertrauen

Berlin, 6. Juli 2026 – Die ursprünglich diskutierte Zuckerabgabe scheint vom Tisch zu sein. Stattdessen soll nun doch eine Zuckersteuer eingeführt werden, und das sogar schon im Jahr 2027 statt 2028.

„Wem will die Koalition etwas vormachen. Wurde bislang noch schamhaft die Prävention vorgeschoben, brechen nun alle Dämme. Jetzt soll die Zuckersteuer den Bundeshaushalt retten, um den Zuschuss für die gesetzlichen Krankenkassen begleichen zu können. Den Preis zahlt die Wirtschaft. Das vorgeschlagene Konzept kostet Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft hier bei uns in ländlichen Regionen - in Zuckerfabriken, der Landwirtschaft und entlang der gesamten Wertschöpfungskette“, wirft Günter Tissen, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker, der Koalition vor.

Für die Zuckerwirtschaft sprechen drei wichtige Argumente gegen die Zuckersteuer:

1. Die Zuckersteuer vernichtet Arbeitsplätze

Die Steuer wird für uns wirtschaftliche Konsequenzen haben. Denn sie bewirkt, dass künstliche Süßstoffe unseren heimischen Rübenzucker ersetzen. Die Nachfrage geht zurück. In der schwersten Krise der Zuckerwirtschaft seit Jahrzehnten werden tarifgebundene Arbeitsplätze und durch harte Arbeit erzielte Wertschöpfung wegfallen. In der Landwirtschaft wird der Rübenanbau, mit seinen guten Leistungen für die Umwelt, zurückgehen.

2. Neue Steuer - mehr Bürokratie

1993 wurde eine Zuckersteuer abgeschafft, weil sie sich nicht gelohnt hat. Mit bürokratischem Aufwand soll jetzt in Deutschland eine neue Steuer eingeführt werden. Auch dieses Mal bringt sie Meldepflichten, Kontrollen, Genehmigungen und Verwaltungskosten – für die Wirtschaft und den Steuerzahler. Das ist das Gegenteil des immer wieder angekündigten Bürokratierückbaus.

3. Lenkungssteuer ohne gesundheitliche Wirkung

Eine Zuckersteuer ist keine Gesundheitspolitik. Die Zuckersteuer macht nicht schlank. Großbritannien hat die Zuckersteuer 2018 eingeführt. Das Ergebnis: das Übergewicht steigt weiter an, obwohl der Zuckerverzehr sinkt. Eine zunehmende Süßstoffaufnahme löst zudem auch in deutschen Behörden (BfR, UBA) Sorgen aus.

Wirtschaftliche Vereinigung Zucker e.V.

Die WVZ ist die zentrale Organisation der deutschen Zuckerwirtschaft. Ihr gehören die Verbände der rund 21.000 Rübenanbauer, die vier Zucker erzeugenden Unternehmen und Firmen des Zuckerhandels an. Sie vertritt die gemeinsamen Interessen insbesondere auf den Gebieten Anbau und Verarbeitung von Zuckerrüben, Zucker und Nebenerzeugnissen, Zuckermarkt- und Agrarpolitik sowie Außenhandelsrecht und Handelspolitik.

Medienkontakt:

Isabel Vollmer

Presse

Wirtschaftliche Vereinigung Zucker

Friedrichstraße 70

10117 Berlin

Tel.: +49 30 206 18 95 51

presse@zuckerverbaende.de